Jürgen König - 30. Juni 2020

Die „Vergessenen der Pandemie“

Zur Situation der Kulturschaffenden in Frankreich

Am 28. April stellte Premierminister Édouard Philippe in der Nationalversammlung seine Strategie zu ersten Lockerungen der Corona-Beschränkungen vor. Von Maskenpflicht und Abstandsregelungen war viel die Rede, aber auch von neuen Begegnungsmöglichkeiten, von Milliardenhilfen für Krankenhäuser, Pflegeheime, ganze Industriebranchen. Nur ein Bereich fehlte völlig: die Kultur – nicht ein einziger Hinweis fand sich in der Rede, wie es mit den 1,3 Millionen Beschäftigten in der Kulturbranche, die jährlich rund 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften, weitergehen solle.
Dabei hatte die Regierung zu Beginn der Corona-Krise schnell reagiert: Schon am 18. März wurde ein Soforthilfefonds von 22 Millionen Euro für die Kultur aufgelegt: zehn Millionen gingen an die Musikbranche, fünf Millionen an die darstellenden Künste, fünf Millionen in den Buchsektor und zwei Millionen in den Bereich Bildende Kunst.

Doch bei diesen Maßnahmen blieb es lange: Kulturminister Franck Riester infizierte sich mit dem Corona-Virus und mit ihm verstummte auch sein Ministerium – sechs Wochen lang. Schon damals entstand in der Kulturszene der Eindruck, dass die Regierung so ziemlich alle Franzosen mit Rettungsplänen bedachte – nur Künstler und Musiker nicht, Museums- und Theaterleute.

Dabei hatten Teile der Branche schon vor der Corona-Krise große Sorgen. Bereits während der Gelbwesten-Proteste 2018/19 hatten Kulturveranstalter Millionen Euro verloren. Dann kam es im Herbst 2019 wegen der geplanten Rentenreform in ganz Frankreich zu monatelangen Protesten und Streiks: Über Wochen hin mussten Vorstellungen von Schauspiel-, Opern- und Konzerthäusern abgesagt werden, was Milliardenverluste verursachte. Durch den Lockdown wurden alle Kultureinrichtungen geschlossen – für viele Beschäftigte mit existenzbedrohenden Folgen. Anders als in Deutschland gibt es in Frankreich nur wenige feste Orchester, Chöre und Ballettkompanien sowie nur ein einziges wirkliches Ensembletheater, die Comédie-Française in Paris. Die meisten Bühnen arbeiten überwiegend mit Freiberuflern, den „intermettants du spectacle“. Diese etwa 300.000 Schauspieler, Musiker, Sänger, Bühnen-, Kostüm- und Maskenbildner, Bühnen- und Tontechniker sind normalerweise gut abgesichert. Wer 507 Arbeitsstunden jährlich nachweisen kann – bei einer 35-Stunden-Woche entsprechen das etwa dreieinhalb Monate Arbeit – bekommt für den Rest des Jahres anteilig Arbeitslosenunterstützung vom Staat. Um auf diese Stundenzahl zu kommen, sind die Sommerfestivals entscheidend – doch genau die wurden ebenfalls ausnahmslos abgesagt.

Es hätte also Grund genug für die Regierung gegeben, sich auch über diesen Sektor Gedanken zu machen, zumal das Lobpreisen des „Kulturlands Frankreich“ üblicherweise in keiner politischen Festrede fehlt. Nach dem Lapsus des Premierministers wandten sich 230

Jürgen König - 30. Juni 2020

Kulturprominente von Catherine Deneuve bis Patrick Bruel mit einem Offenen Brief an Staatspräsident Emmanuel Macron. Als „Vergessene der Pandemie“ forderten sie darin nicht nur Finanzhilfen ein, sondern auch eine Perspektive. Der Präsident reagierte mit einer Videokonferenz aus dem Élysée-Palast, lud Künstler und Kulturvertreter dazu ein sowie den wieder genesenen Kulturminister Franck Riester, Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire und Arbeitsministerin Muriel Pénicaud.

Neben wohlfeilen Worten des Präsidenten – „Orte der Kreativität müssen wieder zum Leben erweckt werden“ – zeitigte das Treffen in der Folge auch handfeste Ergebnisse. Die „intermettants du spectacle“ sollen ihre Arbeitslosenentschädigung auch ohne Stundennachweis bis August 2021 erhalten, Autoren werden für vier Monate von Sozialabgaben befreit. Für Künstler unter 30 Jahren soll es öffentliche Aufträge geben: in den Bereichen Bildende Kunst, Tanz, Theater und Literatur. Für die Film- und Fernsehbranche wird ein Entschädigungsfonds von 50 Millionen Euro aufgelegt: für Drehtage, die wegen der Krise abgesagt werden mussten. Nach den Worten des Präsidenten wird das Geld in Einzelfallentscheidungen zugewiesen.

Währenddessen kommen Teile des kulturellen Lebens in Bewegung – unter Einhaltung bestehender Kontakt- und Hygieneregelungen. Buchläden, Galerien, Museen haben mit neuer Wegeplanung wieder geöffnet, seit dem 22. Juni spielen die Kinos wieder, auch erste Dreharbeiten wurden aufgenommen. Ab 11. Juli will die Regierung die Beschränkungen für „Großveranstaltungen, Stadien und Konzertsäle“ „zum Teil“ lockern. Doch die Sommerfestivals bleiben abgesagt; in welcher Form und wann Konzertsäle, Theater und Opernhäuser wieder einen regulären Spielzeitbetrieb aufnehmen können, steht in den Sternen.

So herrscht erst einmal eine Art Burgfrieden, wenn auch in der Kulturszene ein grundlegendes Misstrauen bestehen bleibt, von der Regierung jederzeit wieder „vergessen“ werden zu können. Und der Appell des Präsidenten, sich als Kulturbranche „neu zu erfinden“, „konkrete Utopien“ zu entwickeln, trägt zur Beruhigung eher nicht bei.

Dieser Text ist zuerst erschienen in Politik & Kultur 07-08/2020.

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat